

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

296 (28.6.1918) Abendausgabe

Bezugs-Preise:
Jahrgang A ohne Postfr. 1.32
Jahrgang B mit Postfr. 1.45
Einzelhefte 1.25
...
Verlagsgesellschaft:
Stiel- und Laminier-Ges. nachh.
Reisereise und Druckerei.

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.
Weitans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von
Herrn Thiergarten.
Verantwortlich für den Textteil:
Anton Huboldt; für den Anzeigenteil:
H. Anderspacher, sämtl. in
Karlsruhe i. B.
Berliner Vertretung: Berlin W 10
Anzeigen:
Die Haupt- und Nebenseiten 30 Bsp.
Die Anzeigenseiten 20 Bsp.
...
Hollsch: Karlsruhe Nr. 8559.

Nr. 296. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Freitag den 28. Juni 1918. Telefon: Redaktion Nr. 809. 34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Kege Artillerietätigkeit. In einzelnen Abschnitten Infanteriegefechte. Neue deutsche Luftsiege.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Kege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme. Auch in anderen Abschnitten zwischen Ozer und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu.

Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Yser, zwischen Valkenshoek und Böhaine und südlich der Aisne zu größerer Stärke. Unsere Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriegefechte entwickelt.

Starker Fliegerangriff führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon, unsere Flugabwehrgeschütze 5 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold errang seinen 37., Leutnant S. wenzhardt seinen 29., Leutnant Kume seinen 26. und 27. Luftsiege.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Zur Kühlmann-Krise.

Berlin, 28. Juni. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: Die Stellung der Linken zu den Reden des Herrn von Kühlmann hat eine auffallende Wandlung erfahren. Nach dem „Vorwärts“ und nach dem „Berl. Tagebl.“ zu schließen, betrachten die Fortschrittler und die Sozialdemokraten den Staatssekretär des Auswärtigen wieder als ihren Mann und suchen ihn im Amt zu halten. Sie verlegen dabei die Meinung, die sie noch am Tage vorher vertreten haben, und verläschen die Kritik, die zweifellos durch das Auftreten des Herrn von Kühlmann hervorgerufen worden ist, aus einer „alldeutschen Hebe“ heraus. Das „Berl. Tagebl.“ behauptet, im Reichstag herrsche wieder „Ruhe und Besonnenheit“, nachdem die Reichstagsmehrheit der „höflich lärmenden alldeutschen Baza“ nachgegeben habe. Hier steht man die Grundfrage, auf der das Vertrauen der Linksparteien zu Herrn von Kühlmann im Verlauf eines Tages rekonstruiert worden ist. Die Reichstagsmehrheit, d. h. die ehemalige Mehrheit des 19. Juli, glaubt, daß ihre Sache mit der des Herrn von Kühlmann verbunden sei und will deshalb den Staatssekretär nicht preisgeben. In diesem Sinne schreibt auch der „Vorwärts“, Kühlmann-Krise sei Kanakelkreß, und in innigem Zusammenhang mit dieser neuen Zuspitzung des unerlösten Zwischenfalls steht zweifellos auch der Versuch, die Resolution des 19. Juli wieder als Popanz im Reichstag zu errichten, ein Versuch, dem die Abgeordneten Edermann und Erberger am Mittwoch ihren Eifer gewidmet haben. Die Angelegenheit des Herrn von Kühlmann hat auf diese Weise ein anderes Gesicht erhalten. Am Dienstag gab auch die Presse der Linken seine Sache verloren. Am Mittwoch früh schrieb das „Berl. Tagebl.“ die Seele des Herrn von Kühlmann trat an Unzufriedenheit und schwankte „müde-gern“ und „lamm-nicht“. Auf diese Weise gerate er nach allen Seiten hin in Konflikt. Er hatte also am Dienstag das Wohlwollen des „Berl. Tagebl.“ eingeholt. In demselben Sinne las man am Mittwoch früh im „Vorwärts“, Herr von Kühlmann habe durch eine Samentung nach rechts den Groll der Alldeutschen verjähren wollen. Dadurch verliere er die Stütze, die er haben könnte. Am Tage darauf bekennen sich beide Blätter wieder zu Herrn von Kühlmann. Sie sind also zurückgefallen worden, weil die Fraktionen der Linken im Reichstag Gefahr für den Reichsblut wittern, wenn Herr von Kühlmann aus dem Amt scheiden sollte. Man glaubt in dieser neuen Mischung der Karten die Hand des Herrn Erberger zu erblicken, und man läßt sich darin wahrscheinlich nicht.

Dieser ganze Vorgang ist bezeichnend für die Art, wie bei uns die Linke die auswärtige Politik ins Auge faßt. Es war am Montag und am Dienstag im Reichstag die Auffassung ganz allgemein, daß Herr von Kühlmann verlag, daß seine auswärtige Politik die Probe weder im Sinne der einen noch der anderen Richtung bestanden habe. Die Abwehr, die am Dienstag dieser verfallenen Politik zuteil wurde, fand lauten Beifall bis tief in die Kreise des Zentrums. Ja, der Abgeordnete Gröber stellte sich in seiner Rede sachlich auch in scharfer Gegenüber zu Herrn von Kühlmann. Während dieser dem „Vorwärts“ das Stichwort gegeben hatte, daß keine militärische Entscheidung möglich sei, betonte sich Gröber zu der Auffassung, daß Deutschland den Sieg erringen müsse und erringen werde. Wenn das „Berl. Tagebl.“ diese sachliche Gegnerschaft jetzt als den hysterischen Rärm der alldeutschen Piazza bezeichnet, so verzerrt es die Dinge, wie sie sich wirklich abgespielt haben, in der üblichsten Weise. Es kommt auch hier wieder die Triebfeder zum Vorschein, der die Linke bei ihrer löstlichen Schwänzung auf die Seite des Herrn von Kühlmann gefolgt ist. Die Verpölnisse der auswärtigen Politik wird diesen Parteien vollkommen getrübt durch die Nebel ihrer innerpolitischen Feindschaft. Herr von Kühlmann gilt ihnen als der liberale Politiker, er war deshalb ein Gefährter der Resolutionsmehrheit. Daß keine auswärtige Politik verfehlt ist, haben „Berl. Tagebl.“ und „Vorwärts“ unter dem Zwang der Verhältnisse selbst einen Tag lang anerkannt. Das hindert sie aber nicht, sofort wieder für Herrn von Kühlmann einzutreten, sobald ihnen zum Bewußtsein kommt, daß zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Gegnerschaft gegen die auswärtige Politik des Herrn von Kühlmann auch von den Konservativen und den Alldeutschen getragen und gestützt wird. Es kann also einer ruhig schlechte äußere Politik machen, wenn er nur liberal ist und wenn man den konservativen Angriffen nicht nur den schlechtesten auswärtigen Politiker, sondern auch den liberalen Parteimann gegenüber stellt. Das ist keine alldeutsche Piazza, aber es ist der enge Horizont beschränkter Kirchentumspolitik. Die ausländischen Demokraten verhalten sich doch ganz anders auf die äußere Politik. Sie zögern nicht einen Augenblick, in wichtigen Fragen mit ihren innerpolitischen Gegnern enggeschlossen zusammenzugehen. Unsere deutschen Demokraten hatten immer noch „das Programm“ für das allein jetzt machende Dogma, dem auch alle Fragen der auswärtigen Politik unterliegen. Es könnte ihnen wirklich nicht schaden, wenn sie von

ihrem Kirchturn abließen und sich etwas an den weiteren Horizont der Piazza gewöhnten.

Berlin, 28. Juni. In der „Nordd. Allgem. Zeitung“ heißt es: Die Uebereinstimmung, die in der Auffassung vom Kriegsende nicht nur zwischen dem Staatssekretär und dem konservativen Redner, sondern auch zwischen ihm und jedem anderen vernünftigen guten Deutschen besteht, konnte erst dadurch einen Niederschlag finden, daß man den Satz des Herrn von Kühlmann interpretierte und zwar interpretierte man ihn dahin, daß man aus ihm herauslas, nach dem Kriegstand könnten uns nur Verhandlungen, nicht die militärische Entscheidung allein zum Frieden führen.

Aus dem Satz des Staatssekretärs, der vielleicht eine politisch-militärische Binsenwahrheit enthält, war damit eine ungeheuerliche Interpretation geworden, daß der Sieg unserer Waffen nicht mehr die Grundlage der Verhandlungen sein könne, die einmal kommen müßten. Nachdem derart eine Interpretation den Sinn des Satzes und damit die Rede gefälscht hatte, blieb auch dem Staatssekretär nichts anderes übrig, als den kritischen Satz zu interpretieren und zwar authentisch dahin, daß der Sieg auf unserer Seite ist und wir auch in Zukunft auf Sieg hoffen. Solange bis die Gegner eben zu dem aus dem Staatssekretär verlangten Erklärungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tun. Selbstverständliche Voraussetzung des intimierten Satzes war, daß der militärische Erfolg die Voraussetzung und die Grundlage aller diplomatischen Verhandlungen ist.

Nachdem so der Versuch pervertiert worden war, sagt die „Nordd. Allgem. Ztg.“ weiter, dem angegriffenen Satz durch eine Interpretation den Sinn zu geben, als ob der Diplomat den Sachverständigen hätte beistimmen wollen, durfte man glauben, daß damit auch für die ganze Rede besonders Verständnis erweckt worden wäre. Es scheint aber, daß man den Angriff jetzt auf eine andere Stelle zu richten sucht. Wie im ersten Falle wird auch hier interpretiert. In der Kühlmann-Rede steht nichts von einer Bereitwilligkeit zu einer Verständigung, wie gesagt wird, um zu der Folgerung zu kommen, daß darin das Betonen zum Gegenstand des Siegeswillens liege.

Weitere englische Stimmen.

London, 27. Juni. (Reuter.) „Daily Chronicle“ schreibt: Ein Punkt, der in Kühlmanns Reichstagsrede nicht übersehen werden sollte, ist das Beharren auf dem Standpunkt eines Faustpfandes für Deutschland, um damit zu feilschen. Er will es nur aufgeben im Austausch mit etwas anderem. Diese Haltung ist vom Standpunkt des Völkerrichts ganz unhaltbar. Der Angriff auf Belgien, der Völkerricht auf einen friedlichen und harmlosen Nachbarn, war ein Verbrechen, das auf die Völkergemeinschaft zerknirschend wirkt. Es muß bedingungslos ungeschehen gemacht und gestraft werden. Wir können über alles andere verhandeln, aber darüber zu verhandeln hieße ein Verbrechen, das England bei seiner Rehabilitierung und bei der Ueberwindung deutschen Einflusses zu helfen.

London, 27. Juni. (Reuter.) In einer Ansprache in einer Versammlung von Fürsorgevereinen für Unklare machte Chamberlain, Mitglied des Kriegskabinetts, eine kurze Bemerkung über die Kühlmann-Rede: Er erklärte: Wenn irgend etwas nötig war, das englische Volk entschlossener zu machen, so ist dies in der Rede des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes zu finden. Eine deutsche Friedensentscheidung ist eines, aber ein deutscher Friede ist etwas anderes. Die Macht schafft Recht, und wo keine Macht ist, gibt es auch kein Recht. Gegen diese Worte Kühlmanns hat das englische Volk die Waffen ergriffen und wird solange unter den Waffen bleiben, bis es diesen Grundsatze zu Boden geschlagen hat.

Die italienische Beurteilung.

Bern, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Während die italienische Interventionspresse wie „Corriere della Sera“, „Secolo“, „Resteuropeana“ und „Giornale d'Italia“ in der Rede des Staatssekretärs von Kühlmann zwar eine gewisse Enttäuschung des deutschen Weltmachttraums erkennen, will sie die Erklärung aber als ziemlich ernstes Angebot verzeichnen und vor einer Friedensoffensive warnen. Ist die tatsächliche, italienische Presse in der Beurteilung maßvoller. So erklärt die „Volländer“ „Italia“, daß die Bedeutung der Rede darin liegt, daß die größte Zurückhaltung in der Presse geübt werden müsse. Alles führe zu dem Glauben, daß der Krieg nunmehr in eine politisch-militärische Phase von der größten Bedeutung eintrete.

Der „Officiatore Romano“ begrüßt die Worte des Staatssekretärs von Kühlmann und sagt: „Angesichts dessen, was wir wiederholt zur Friedensfrage geschrieben, dürfen wir es nicht unterlassen, den Ausführungen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes unsere Zustimmung zu geben, namentlich auch in Bezug auf das, was er über die Verantwortung der bereits erfolgten deutschen Friedenserkundungen seitens der Alliierten vorbrachte.“

Aus dem neuen Russland.

Das Schicksal der Zarenfamilie.

Stockholm, 28. Juni. Der „Neuen Hambg. Ztg.“ wird von hier telegraphiert: Nach Petersburger Berichten schreibt die Moskauer „Pravda“:

Der Abtransport der Zaren aus Zekaterinburg erfolgte auf Befehl der dortigen Sowjets, da der Zar daselbst seit Wochen Vorbereitungen zu einer geheimen Flucht traf. Bei einem der Fluchtversuche küßten mehrere Diener des Zaren ihre Köpfe, den Zaren entweichen zu lassen, mit dem Tode.

Die Fortschaffung des Zaren geschah durch bewachte Sowjettruppen unter Teilnahme eines Kommissars des Sowjets. Alle weiteren Vorgänge sind bis zur Stunde unbekannt.

„Nowoje“ meldet, daß bereits seit 3 Wochen eine Verfassung des Moskauer Sowjet vorliegt, welche die verantwortliche Vernehmung des Zaren durch einen Kommissar der auswärtigen Abteilung vorseht. Dieser Beschluß sei jedoch bis jetzt nicht zur Ausführung gebracht worden. (g. K.)

Sch. Wien, 28. Juni. (Privat.) Nach einem Genfer Telegramm des „N. Wien. Tgl.“ meldet das Pariser „Petit Journal“ aus London, man sei dort in Sorge über das Schicksal des Zaren und auch der Zarin. Seit einer 3 Wochen alten Moskauer Nachricht, daß die Zarin erkrankt sei, fehlen weitere Meldungen. (g. K.)

Der Zar und seine Familie gesund.

Wien, 28. Juni. (Nicht amtlich.) „Wasscha Rodina“ erzählt von einem Mitglied der Sowjetregierung, daß das Gerücht über die Ermordung des ehemaligen Zaren falsch sei. Der Zar und seine Familie seien gesund und außer Gefahr. Unrichtig sei auch das Gerücht, daß der Zar vor das Revolutions-Kriminal gestellt werde.

Kerensti.

Basel, 26. Juni. Die Pariser Havasagentur gibt Zeitungsmeldungen wieder, wonach Kerensti Paris und Amerika besuchen werde. (Zrf. Ztg.)

Japan und Sibirien.

Stockholm, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Nach einem Telegramm von „Svensta Dagbladet“ aus Helsingfors findet in Omsk gegenwärtig eine wichtige Konferenz zwischen der japanischen und sibirischen Regierung über gemeinsame Operationen gegen die bolschewistischen Truppen statt. Auch China sei bei den Verhandlungen vertreten. Japan sei bereit, Sibirien gegen gewisse wirtschaftliche Zugeständnisse, wie Goldwäsche, zu helfen.

Japan lehnt die Intervention in Sibirien ab.

Washington, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuterschen Büros. Eine hier veröffentlichte nicht amtliche Mitteilung besagt, die japanische Regierung habe beschlossen, das Gesuchen der Entente nach einer Intervention in Sibirien abzulehnen. In amtlichen Kreisen und in den Hofkreisen der Entente in Washington wird diese Abgabe nicht als eine Aufgabe der Entente oder der Vereinigten Staaten aufgefaßt, England bei seiner Rehabilitierung und bei der Ueberwindung deutschen Einflusses zu helfen.

Ein höherer Beamter erklärte, daß Japans Ablehnen einer militärischen Expedition nur dazu beitragen würde, Rußlands Freunde in ihrer Absicht zu bestärken, Gesch und Ordnung im Lande wieder herzustellen und die Elemente, die dieses Bestreben hätten, hierbei zu unterstützen.

Cecil dementiert weiter.

Rotterdam, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten King sagte Lord Robert Cecil im Unterhause, daß weder zwischen England und dem Präsidenten Wilson, noch mit irgend einer anderen alliierten Macht Verhandlungen über ein Einschreiten der Alliierten in Rußland zur Bereinigung des Einflusses und der Oberherrschaft des Feindes geführt worden seien.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die Anstrengungen der Alliierten.

Zürich, 28. Juni. (Privat.) Die „Neuen Nacht“ melden: Aus Paris erzählt der „Corriere della Sera“, die Spezialaktionen vor Amiens und Hazebrouk seien durch die verbündeten Truppen nach den Regeln der modernen Besetzungskunst auf höchste Ausbeute ausgenutzt worden. Die Engländer hätten, unterstützt von Amerikanern, Belgiern und Portugiesen Tag und Nacht gearbeitet. Man habe die Zahl der Gräben verdreifacht und liberal zementierte Stützwerke nebst einem tiefen Netz mit Stacheldrähten angelegt. Auch die Zahl der Geschütze sei gewaltig erhöht worden. Durch die fortgesetzt eintreffenden amerikanischen Truppen werde die Zahl der verfügbaren Einheiten verstärkt. (g. K.)

Befürchtungen der Gegner.

Zürich, 28. Juni. (Privat.) Die „Morgenzeitung“ meldet: Einer Havasnote zufolge sind die militärischen Sachverständigen der Pariser Blätter der Ansicht, daß die gesteigerte Feuerkraft an der englischen Front diesmal erste Ereignisse im Flanderabschnitt erwarten lasse. „Domme libre“ hält es für eine ausgemachte Sache, daß der zu erwartende Vorstoß von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht ausgeführt werde. (g. K.)

Eine Foch-Krise.

Zürich, 28. Juni. (Privat.) Aus besser Quelle erzählt die „Zürch. Morgenzeitung“, daß in der englischen Presse seit einigen Tagen immer schärfere Kritik gegen Foch als Generalissimo hervorziehe. Es wird ihm Mangel an Initiative vorgeworfen. Da sich die Kritik noch zu verschärfen scheint, so ist eine Foch-Krise nicht unwahrscheinlich. (g. K.)

Zur Räumung von Paris.

Zürich, 28. Juni. (Privat.) Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Ztg.“ meldet die Fortschaffung von 1100 Knaben und Mädchen aus Paris infolge des Wiederbeginns der Fernbeschießung. (g. K.)

Zürich, 28. Juni. (Privat.) Die „Zürch. Morgenzeitung“ meldet, die Flucht aus Paris nehme großen Umfang an. Die beschleunigte Abreise der Reichen aus Paris hat auf die breiten, minderwertigen Massen der Pariser Bevölkerung, die sich den Luxus eines raschen Bewandlungswechsels nicht gestatten können, Unzufriedenheit und Unruhe hervorgerufen. Die Regierung entschloß sich daher schon zur Einführung von Familienkarten auf den Staatsbahnen, auf der Orleansbahn und auf der Paris-Lyon-Mittelmeerbahn zu herabgesetzten Preisen, um diesen minder bemittelten Kreisen das Verlassen der Hauptstadt zu ermöglichen. Die Fochkrisen sind in

Einige für vorher genau festgesetzte Züge (also eine Art Coalizierten-transporte) an bestimmten Tagen gültig. Diese Maßregeln haben eine starke Mithilflichkeit mit einer Vorstufe der Allgemeinräumung von Paris; denn sie sollen gerade auch den weniger Bemittelten das frühzeitige Verlassen der Hauptstadt ermöglichen. (g. K.).

Ereignisse zur See.

Feindliche Verluste bei Truppentransporten.
W.B. Berlin, 27. Juni. Wie ein Unterseeboot jetzt nur in seltenen Fällen Namen und Ladung eines versenkten Schiffes feststellen kann, so ist es ihm infolge der zunehmenden feindlichen Gegenwirkung auch fast nie möglich, eine annähernde Schätzung der bei der Versenkung von feindlichen Truppentransportern eingetretenen Menschenverluste vorzunehmen. Kürzlich aber trieben in einer Nacht an der Küste von Tripolis die Leichen von 113 italienischen Soldaten an, die zweifellos mit einem versenkten Transportschiff untergingen. Ueber die Verluste des in der Nacht vom 10. zum 11. Mai torpedierten französischen Truppentransportdampfers „Santa Anna“, teilt jetzt „L'Echo“ unter dem 21. Juni mit, daß von 2150 an Bord befindlichen Soldaten und eingeborenen Arbeitern nur 1513 gerettet wurden, der Verlust also 637 Mann beträgt.

Weitere U-Boots-Erfolge.

W.B. Berlin, 27. Juni. (Amtlich.) Das unter dem Kommandanten des Kapitänleutnants Tsch. stehende Unterseeboot hat in der irischen See und deren Zufahrtsstraßen, drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 B.R.T. versenkt. Zwei Dampfer wurden aus starken nach England einlaufenden Geleitzügen herausgeschossen. Im ganzen wurden nach neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote 20 000 Bruttoregister-tonnen versenkt.
Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Der Krieg mit Italien.

Zur Lage des italienischen Flüchtlinge.
W.B. Bern, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Wie „Popolo d'Italia“ berichtet, haben die in Florenz befindlichen Flüchtlinge aus den besetzten Provinzen dem ehemaligen Minister Luzzatti, der als Regierungskommissar für die Flüchtlinge zu sorgen hat, ein Mißtrauensvotum erteilt. Die Zeitungen glauben, daß Luzzatti von seinem Posten zurücktreten werde.

Deutschland und der Krieg.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstags.
W.B. Berlin, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Der Hauptauschuß des Reichstags greift heute zunächst auf die bei der Beratung der außerordentlichen Kriegsausgaben zurückgebliebenen Bestimmungen zurück, wonach Offiziere usw. mit ihren Friedensgehältern zur Kriegsausgabe herangezogen werden sollten. Beschlossen wurde die Berichtigung mit den Kriegsausgaben abzüglich der Dienstauswänderschuldung. — Hierauf wurde die zweite Lesung eines Entwurfs über die Kriegsteuer der Gesellschaften vorgenommen.

Oesterreich-Ungarn und der Krieg.

W.B. Wien, 27. Juni. (Nicht amtlich.) Meldung des Wiener K. K. Tel. Corr. Büro. Kaiserin Zita ist an einer leichten Infektion erkrankt. Da die Erkrankung einen vollkommen normalen Verlauf nimmt, wird von der Ausgabe von Krankheitsberichten abgesehen.

Zur österreichischen Ministerkrise.

W.B. Wien, 27. Juni. (Nicht amtlich.) Kaiser Karl empfing gestern in besonderen Audienzen die Reichstagsabgeordneten Steinwender, Pang, Pacher und den Ackerbauminister Grafen Tarouca. Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. von Seidler ein Minister-rat statt.

W.B. Wien, 27. Juni. (Nicht amtlich.) Wie die Korrespondenz Austria meldet, erklärten die Vertreter der Ukraine in einer Besprechung mit dem Ackerbauminister Grafen Tarouca, daß die ukrainischen Vertreter des Abgeordnetenhauses nur dann für das Budgetprojektorium stimmen würden, wenn der gegenwärtige Ministerpräsident im Amte verbleibe, weil die Ukrainer nicht zulassen könnten, daß der Kabinettschef infolge eines polnischen Befehls falle.

Galizien und die Polen.

W.B. Wien, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Gegenüber den Meldungen, die Polen hätten sich aufs neue mit den Vorschlägen befaßt, die die im Laufe befindliche Vermittlungsaktion bezüglich der Frage der Zweiteilung Galiziens betreffen, sind die „Polnischen Nachrichten“ vom 28. Juni dem Polenklub zu der Erklärung ermächtigt, daß eine Vermittlungsaktion über eine Zweiteilung Galiziens in der letzten Konferenz nicht beraten wurde. Dagegen müsse hervorgehoben werden, daß die polnische Kräfte nach wie vor bereit seien, auf der Grundlage der Einheit des Landes Unterhandlungen über den Ausgleich mit dem russenischen Volkstamm anzubahnen.

Frankreich und der Krieg.

W.B. Paris, 27. Juni. (Nicht amtlich.) Die Kammer nahm mit 485 gegen 5 Stimmen den gesamten Staatshaushaltsplan und das Finanzgesetz an.

England und der Krieg.

W.B. London, 28. Juni. (Reuter.) Angefichts Hendersons bestimmter Erklärungen, daß die Arbeiterpartei nicht wünsche, daß die Arbeiterminister aus der Regierung ausscheiden, verläutet, daß die Arbeiterminister beschloffen haben, nicht zurückzutreten, wenigstens nicht im gegenwärtigen Augenblick.

Holland und der Krieg.

W.B. Haag, 27. Juni. Das Korrespondenzbüro erzählt, daß die Veröffentlichung der Entlassung des Marineministers J. Kambouneit bald zu erwarten sei. Wahrscheinlich werde der Kriegsminister Jonkers de Jonge mit der einstweiligen Verwaltung des Marineministeriums betraut werden.

Norwegen und der Krieg.

Gasstreik in Christiania.
W.B. Christiania, 27. Juni. (Nicht amtlich.) 700 Gasarbeiter haben die Arbeit in der städtischen Gasanstalt niedergelegt und verlangen den sechsständigen Arbeitstag. Infolge dieses Streiks wird jeder Gasverbrauch sowohl für Beleuchtungs- wie für Gaszwecke eingestellt. Ueber 320 000 Familien sind ohne Röhrgas.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 27. Juni. Der Badische Viehhandelsverband hielt gestern im Saale der „Vier Jahreszeiten“ seine zweite ordentliche Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Zehnenmeier ab. Die Versammlung war besucht von 33 Mitgliedern. Den Tätigkeitsbericht des Verbandsvorstands erstattete der stellv. Vorsitzende, Veterinärarzt Müller-Karlsruhe. Daran schloß sich eine längere Aussprache, bei der eine Anzahl wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Preisregelung des Viehverkehrs, der Viehauftreibung, der Fleischversorgung und des Schlachthandels zur Sprache kamen. Der Geschäftsführung des Vorstandes wurde von der Versammlung Dank und Anerkennung ausgesprochen.
In Mannheim, 28. Juni. Gestern wurde auf dem Friedrichsring eine Frau aus Schriesheim, die direkt in einem in der Fahrt befindlichen Wagen der Straßenbahn hineingelassen sein soll, überfahren und schwer verletzt. Kurz nach Einlieferung der Verunglückten ins Allgemeine Krankenhaus ist diese gestorben.
In Breisach, 27. Juni. Am nächsten Sonntag feiert die evangelische Gemeinde ihr 50jähriges Bestehen.
In Stodach, 27. Juni. Der ledige Kreisverwalter Joseph Reizner, der aus Mache den Kreisverwalter Hepp durch Westfälische lebensgefährlich verletzete, wurde von der Konstanzer Strafkammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.
In Konstanz, 27. Juni. Eine 60jährige Krankenpflegerin, die in eine Abtreibungsaffäre verwickelt war, hat durch Einatmen von Gas ihrem Leben ein Ende gemacht.
In Konstanz, 28. Juni. Mit Genehmigung des Großherzogs ist hier eine zweite evang. Pfarrei errichtet worden. Ihr ist auch die politische Gemeinde Wollmatingen zugeteilt worden.

Badischer Landtag.

67. öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 28. Juni. Zu Beginn der um 10 Uhr von dem Präsidium eröffneten Sitzung machte Abg. Dr. Koch (natl.) nachträgliche reaktionelle Änderungen an dem schon genehmigten Schulgesetz. Das Gesetz wird hierauf einstimmig angenommen. Namens des Schulausschusses berichtete Abg. Rohrhurst (natl.) über die von der 1. Kammer an dem neuen Fortbildungsschulgesetz vorgenommenen Änderungen, die sich auf die örtliche Aufsicht über die Fortbildungsschüler und den Religionsunterricht beziehen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um eine stärkere Formulierung und Beseitigung einiger Unklarheiten im Gesetz. Der Paragraph über den Religionsunterricht betont in der Fassung der 1. Kammer, daß zum Besuch des von einer Religionsgemeinschaft aufgrund staatlicher Anerkennung eingerichteten Religionsunterrichts nur die ihr angehörigen Fortbildungsschulpflichtigen gehalten werden können. Schüler, die keiner der hiernach in Betracht kommenden Religionsgemeinschaften angehören und deshalb am Religionsunterricht nicht teilnehmen, sollen in dem gleichen Zeitumfang Unterricht in der Lebenskunde erhalten, wobei vorwiegend Sittenlehre zu behandeln ist. Derartige besondere Unterricht ist jedenfalls dann einzurichten, wenn die Zahl der zur Teilnahme daran verpflichteten Schüler dauernd mindestens 10 beträgt. Der Berichterstatter stellte namens des Ausschusses den Antrag dem Gesetz in der abgeänderten Fassung der 1. Kammer zuzustimmen.
Abg. Strobel (Soz.) erklärte, da in den grundsätzlichen Fragen des Gesetzes eine Veränderung nicht eingetreten sei, so könne ihm die Sozialdemokratie auch nicht zustimmen.
Zusammen mit den Änderungen äußerten sich die Abgeordneten Baumbach (R. Vgg.) und Muser (F. V.), der es begrüßte, daß die 1. Kammer die Gewissensfreiheit wahren sollte. Die Fraktion der Sozialpartei werde sich unter Hinweis auf die bei der ersten Beratung des Gesetzes gegebenen Begründung der Stimme enthalten.
Das Gesetz wurde hierauf mit Mehrheit angenommen.

Schulanträge.
Namens des Schulausschusses berichtete Abg. Rohrhurst (Nat.) über die von den Nationalliberalen, der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei eingebrachten Anträge über die Umgestaltung und Neuordnung des Schulwesens. Der Berichterstatter betonte, daß der Ausschuss in Anbetracht der Geschäftsfrage in eine eingehendere Besprechung der Anträge nicht eingetreten sei, jedoch beschloß, die Anträge der Regierung zur ersten und genaueren Prüfung zu überweisen, ebenso die Eingabe des Badischen Lehrervereins mit dem Ersuchen, baldmöglichst dem Landtag in einer Denkschrift darzulegen, welche Maßnahmen die unter tunlichster Berücksichtigung des überwiesenen Materials und aufgrund der während der Kriegszeit gewonnenen Erfahrungen, auf dem Gebiet des Volksschulwesens durchzuführen beabsichtigt und jerner die Grob-Regierung zu ersuchen, die Denkschrift dem Landesrat zur Vorberatung vorzulegen und zu dieser Beratung besonders fachverständige Mitglieder der Landesräte, der Schulausschüsse, der Lehrerschaft aller Schulgattungen, der Religionsgemeinschaften und anderer sachverständiger Männer und Frauen des Erwerbslebens heranzuziehen. Der Berichterstatter beantragte, das Haus möge sich diesem Beschlusse anschließen.
Kultusminister Dr. Hübsch erklärte sich mit dem Antrag einverstanden, der hierauf einstimmig Annahme fand.
Im Auftrag des Schulausschusses berichtete Abg. Muser (F. V.) über den Antrag der Abg. Kopf (Zentr.) betr. die Aufhebung des § 137 des Schulgesetzes. Der genannte Paragraph lautet in seiner gegenwärtigen Fassung: „§ 137. Kirchlichen Korporationen und Stiftungen ist die Errichtung von Lehr- und Erziehungsanstalten nur auf Grund eines besonderen Gesetzes gestattet. Die Errichtung von Unterrichtsanstalten bedarf der Genehmigung der Staatsregierung.“ Zu diesem Antrag hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, in welchem gefordert wird, daß das Verhältnis der nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten nach §§ 133 bis 139 des Schulgesetzes nach den im Antrag niedergelegten Grundsätzen neu gestaltet wird. In diesen Grundsätzen wird betont: Die Errichtung nichtstaatlicher Lehr- und Erziehungsanstalten jeder Art ist nur auf Grund eines besonderen Gesetzes zu gestatten. Die Genehmigung ist von dem Nachweis des Bedürfnisses zur Errichtung solcher Anstalten, von der gelidlichen Sicherstellung ihres Bestandes, sowie davon abhängig zu machen, daß alle Vorschriften über die Schulbaubauarbeiten erfüllt werden. Vorsteher und Lehrer müssen ihre Befähigung zur Unterrichtserteilung durch Vorlage entsprechender staatlicher Prüfungsergebnisse ausweisen. Die ständige Würdigkeit des Unternehmers der Leitung und der Lehrkräfte muß unbeanstandet sein. Mit dem Gesuch um Errichtung einer Anstalt ist der Lehrplan vorzulegen, der die Ziele der öffentlichen Bildungsanstalten sicherzustellen hat. Vor erteilter Genehmigung dürfen die Anstalten nicht eröffnet werden. Sobald eine Anstalt ihren Besitzer wechselt, ist die Genehmigung zum Fortbetrieb aufs neue einzuholen. — Der Berichterstatter betonte in seinen Ausführungen zu den Anträgen u. a.: Nichtstaatliche Anstalten muß man im Interesse des Staates und der Bildung selbst zulassen. Das Gesetz von 1860 sagt, das öffentliche Unterrichtswesen wird vom Staate geleitet, das nichtstaatliche steht unter seiner Aufsicht. Es wird ferner gesagt, daß die beiden Kirchen für ihr Recht die Gewähr des Gesetzes haben sollen. Die Kirchen haben aber Korporationsrecht, d. h. sie haben dasselbe Recht wie jeder einzelne Staatsbürger. Nun hat aber nach § 133 die Kirche alle Rechte des Staatsbürgers, nach § 137 wird ihr dieses Recht wieder genommen. Dadurch ist der Ausnahmecharakter des § 137 dargetan. Aber auch dadurch, daß antikonfessionelle Kreise das Recht haben, eine Schule in ihrem Sinne zu errichten, aber konfessionell gerichtete Kreise dieses Recht nicht haben, ist der Antagonismus des § 137 dokumentiert. Wir haben in unseren Schulen das Prinzip der gemischten Schule. Dieses Prinzip ist durch den § 133 geschützt. Eine Konfessionsunterschiedslehre besteht also nicht. Der Simultandurchschnitt besteht sich nur auf die Staatschule. Der § 137 war bisher eine wirksame Agitationsmasse in den Händen einer Partei. Dem wollen wir begegnen. Es handelt sich weiter auch darum, ob ein Inhaber einer Privatanstalt auch einen Ordensmann als Lehrer anstellen kann, wenn dieser allen Anforderungen des Gesetzes sonst genügt. Es wird niemand behaupten wollen, daß ein Ordensmann nicht auch Würdigkeit und Fähigkeit zum Unterricht darten kann. Man sollte endlich den alten Kulturkampfstaub aus den Schulen ausblasen.

Abg. Dr. Verneuer (Ztr.) begründete den Antrag seiner Fraktion. Zu hoffen sei, daß auch die nationalliberale Partei den

selben Weg gehen wird, den heute die Fortschrittliche Volkspartei geht, indem sie unserem Antrag zustimmt und einmal ihren Vorkurs einfließt. Ihre Stellung ist durch die Geschichte begreiflich. Denn sie haben ja den § 137 ins Gesetz gebracht. Dieser Paragraph ist nun einmal ein Ausnahmengesetz und gehört beseitigt.

Abg. Rebmann (Nat.): Wir haben uns dagegen ausgesprochen, daß an dem § 137 etwas geändert wird. Was ist in der Zeit seit dem Jahre 1910 geschehen, um zu bewirken, daß die Fortschrittliche Volkspartei und auch die Sozialdemokraten ihren Standpunkt geändert haben? Ich habe eine Tatsache nicht finden können und es ist mir kein einziges Wort mitgeteilt worden, das die Änderung des früheren Standpunktes der beiden Parteien rechtfertigt. Die Ausschussverhandlungen über den Zentrumsantrag haben einen negativen Erfolg gehabt. Die Forderung des Zentrums auf Aufhebung des § 137 hat eine Mehrheit nicht gefunden. Weder die Sozialdemokratie noch die Fortschrittliche Volkspartei sind bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die sich aus der Aufhebung des § 137 ergeben. Sie haben deshalb einfach beschlossen, den § 137 zu beanstanden. Das bestärkt unseren Standpunkt, daß für die Abschaffung des § 137 die Zeit noch nicht gekommen ist. Wir werden gegen die Aufhebung des § 137 stimmen, sind aber damit einverstanden, daß die Regierung aufgefordert wird, das Privatstudium einer neuen Regelung zu unterziehen.

Abg. Strobel (Soz.): Unser Standpunkt gründet sich darauf, daß zwischen dem § 133 und dem § 137 des Schulgesetzes ein Widerspruch besteht. Das gleiche Recht muß für alle gesichert sein. Die Staatshoheit der Schulen muß sicher gestellt werden. Der Staat hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß für alle seine Mitglieder Gelegenheit zum Schulbesuch und zur Stärkung des Wissens besteht, damit jedem eine entsprechende Bildung zuteil wird. Eine gute Staatschule macht Privatschulen vollkommen überflüssig. Unser Schulwesen ist so ausgebaut, daß auch die geistig Schwachen und die Schulweihen ist so ausgebaut, daß auch die geistig Schwachen und die körperlich Schwachen eine Unterweisung finden. Wir verneinen deshalb die Frage der Notwendigkeit der Privatschulen. Sie sind nicht nötig, auch die Festlegung der Bedürfnisfrage. Den Gedanken eines Antrags vertritt der § 94 des Hamburger Schulgesetzes.

Die Abg. Schöpple (R. Vgg.) und Ged (U. Soz.) sprechen sich für eine Aufhebung des § 137 aus.
Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Hinter der farblosen Formel, von der der Herr Abg. Rebmann gesprochen hat, stecken doch eine Reihe Fortschritte, von denen einer schon darin zu sehen ist, daß eine Mehrheit sich für eine Gesetzesvorlage ausgesprochen hat, die eine Veränderung des § 137 bringen soll. Den neuen Standpunkt, den jetzt die Fortschrittliche Volkspartei gegenüber 1910 einnimmt, begrüßen wir.

Minister Dr. Hübsch (infolge Anrufe im Saale auf der Tribüne nur schwer verständlich) gibt den Standpunkt der Regierung zu den einzelnen Ausführungen der Redner und bemerkt, er sei mit dem Berichterstatter einverstanden, daß der § 137 eine Ausnahmebestimmung sei. Die Regierung werde dem Ersuchen, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf zur Veränderung des § 137 vorzulegen, nicht entsprechen können, nachdem erst 1910 eine Wiederrückung des ursprünglichen Verbots des Unterrichts durch Ordensleute erfolgt ist.

Nach kurzen Ausführungen des Berichterstatters Abg. Muser und des Abg. Dr. Schöfer, der erklärt, auf eine besondere Abstimmung des Zentrumsantrags zu verzichten, wird der Antrag des Schulausschusses, den Absatz 1 des § 137, der davon spricht, daß kirchlichen Korporationen u. Stiftungen die Errichtung von Lehr- u. Erziehungsanstalten nur auf Grund eines besonderen Gesetzes gestattet ist, zu beanstanden, mit 41 gegen 14 Stimmen (Natl.) angenommen. In dem gleichen Stimmverhältnis wird der Ausschussantrag angenommen, in welchem die Grob-Regierung ersucht wird, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf des Inhalts vorzulegen: Absatz 2 des § 137 wird aufgehoben. Dieser Absatz regelt die Genehmigung der Errichtung von Unterrichtsanstalten durch Ordensleute. Der Antrag des Zentrums, den Absatz 1 des § 137 ohne jede weitere Veränderung des Schulgesetzes aufzuheben, wird mit 30 (Natl., Soz., und Fortschr. Volksp.) gegen 25 Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag der Sozialdemokratie. Einstimmig angenommen wurde der Antrag des Ausschusses, in dem die Regierung um die Vorlage eines Gesetzesentwurfes ersucht wird, durch den der 8. Titel des Schulgesetzes nach dem nichtstaatlichen Lehr- und Erziehungsanstalten einer ihm auch materielle abändernden Neuordnung unterzogen wird.

Hier wird um 1 1/2 Uhr die Weiterberatung der Tagesordnung abgebrochen und nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte die nächste Sitzung auf Montag nachmittag 4 Uhr anberaumt mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung und Interpellationen.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 28. Juni.
— Kollekte. Bei der kirchlichen Feier des Geburtstages des Großherzogs bzw. am 7. Juli soll in den evangelischen Kirchen des Landes eine außerordentliche Kollekte für die religiöse Versorgung unserer Truppen erhoben werden.

Die erste theologische Prüfung im Herbst wird am 30. September, die zweite am 7. Oktober beginnen, die Meldungen zu den Prüfungen sind spätestens 4 Wochen vorher einzureichen.

Na. Marktbericht. Vergangene Woche war die Zufuhr an Gemüße aus der Nachbarschaft sehr gering. Dagegen kamen 5 Wagen Gemüse und 2 Wagen Zwiebeln aus dem Oberrhein. Obst ist von dem Markt vollständig verschwunden. Infolge der geringen Kirchen- und Erdbere-Ernte war die Zufuhr in den ersten Wochen eine sehr geringe; der Verkauf auf dem Markt führte zu manchen Anpreisungen. Infolgedessen haben sich die zuständigen Stellen veranlaßt gesehen, Obst auf dem Markt überhaupt nicht mehr zum Verkauf zu bringen, vielmehr das ganze eingehende Obst an die etwa 150 Obsthändler der Stadt zur Verteilung zu bringen. Diese Händler sind beauftragt, das ihnen zugeteilte Obst täglich in ihren Verkaufsstellen an die hiesige Bevölkerung abzugeben und zwar auf die Hausmarken. Zuerst war die Hausmarken Nr. 9 aufgerufen, die mit 1 bzw. 2 Pfund Obst beliefert wurde. Am 21. Juni ab wurde die Hausmarken Nr. 10 mit 2 Pfund und B Nr. 10 mit 4 Pfund Obst eingeliefert. Jetzt ist auch die Hausmarken Nr. 11 zum Verkauf gelangt und wird ebenfalls mit 2 bzw. 4 Pfund Obst zur Einlieferung gebracht. Die Abgabe größerer Mengen sowie das Zurückstellen der Ware an bevorzugte Kunden ist den Händlern unterlagt. Die Einhaltung der Bestimmungen wird durch Kontrollbeamte überwacht.

Im Kaffee Erbring erfolgt am 1. Juli der Wiederbeginn der Kaffeeernte, nur umständlicher Weise einzeln eingelassen. Admittanten-Anträge für die erste erkrankte Salontabelle unter der Leitung und vorzüglichen Geigerin Frä. Wehrhahn genommen worden ist. An den 3 letzten Juni-Abenden wird die beliebte Trüffel-Kapelle mit virtuösem Orchester Abschiedskonzerte geben.

Unfall. Am 26. Juni brachte ein Schlosserlehrling aus Weiskeneurent in einer heiligen Maschinenfabrik die linke Hand zwischen zwei Kammeräder, wobei ihm drei Finger abgedrückt wurden. Der Verletzte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Zimmerbrand. Gestern abend entstand, vermutlich durch Wegwerfen glühender Zigarettenreste in einen Papierkorb, in einem Hause von etwa 250 Markt verurteilt wurde. Das Feuer konnte vom Wohnungsinhaber gelöscht werden.

Verhaftet wurden: eine Kellnerin aus Waldbrunn, welche in den letzten Tagen hier einer Kollegin aus deren Wohnung in der Friedrichstraße Kleider im Werte von 1545 Mark und einer in der Kollerstraße wohnenden Kollegin Wäsche, Kleider und Schuhe im Werte von 1024 Mark sowie einer Näherin in der Waldstraße eine Armbanduhr im Werte von 35 Mark teils auf erschwerter Weise entwendet hat. Die Diebin hielt sich vorher in Mannheim, Darmstadt und Frankfurt a. M. auf und verübte dort vermutlich ebenfalls Diebstähle. Geschloßenes Gut ist beigebracht. Ferner wurden festgenommen: ein Metzger aus Scheibenshardt und ein Maschinenarbeiter aus Leipzig, weil sie einer in der Humboldtstraße wohnhaften Frau 500 Mark entwendeten.

Luftwärme in Karlsruhe

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station).
Am 27. Juni, mittags 3 1/2 Uhr: 17,7 Grad; abends 10 1/2 Uhr: 14,6 Grad. Am 28. Juni, vorm. 8 1/2 Uhr: 13,9 Grad. Schöne am 27. Juni: 19,4 Grad; Heftig in der folgenden Nacht: 9,6 Grad.

Fishel Schokoladenhaus Kaiserstraße 100. Sanitas Brot

ärztlich empfohlen, stets frisch gegen Brotmarken erhältlich. 7904

Advertisement for Rinkel, Leutnant d. R. u. Kom.-Führer, Ritter des Eisernen Kreuzes I. Klasse, Leutnant und Ordonnanz-Offizier eines Bataillons Lutz.

Advertisement for Max Walter, Hofkirchendiener, Veteran von 1870-71, located in Karlsruhe, Mannheim, etc.

Advertisement for Todes-Anzeige (Death Notice) for Theo Reich, im 12. Lebensjahr, nach kurzer, schwerer Krankheit.

Advertisement for Karten vom westlichen Kriegsschauplatz (Maps of the Western Front) by Verlag der 'Bad. Presse'.

Advertisement for Badsteine (Bathstones) and Belcher Konditor (Candy maker) services.

Bekanntmachung (Notice) regarding the Kanzeleigebührenstelle (Court fees office) in Karlsruhe.

Bekanntmachung (Notice) regarding the Einziehung (Collection) of the new food ration cards (Lebensmittelfaktoren) in Singheim.

Advertisement for Ansichtskarten (Postcards) featuring various scenes and subjects.

Advertisement for Taschenuhren (Pocket watches) with repair and sales services.

Advertisement for Frauenhaare (Women's hair) and Männer-schnitt-haare (Men's haircut) services.

Advertisement for Mk. 100000 (100,000 Marks) loan or investment opportunity.

Advertisement for Mk. 5000.- gelucht (5,000 Marks cleaned) items.

Advertisement for Papierabfälle (Paper waste) collection services.

Advertisement for Missions-Briefmarken (Missionary postage stamps).

Bekanntmachung (Notice) regarding the Auszahlung (Payment) of war allowances (Kriegsunterstützungen) for July 1918.

Bekanntmachung (Notice) regarding the Brotverförmung (Bread rationing) for the Karlsruhe region.

Advertisement for Der Oberheinische Kleintierhof (Upper Rhine Small Animal Farm) for various types of livestock.

Advertisement for Grobes Fabriklager (Large factory warehouse) for Eisdränken (Ice drainage) and Dittmar & Blum.

Advertisement for Grotes Fabriklager (Large factory warehouse) for Eisdränken (Ice drainage) and Dittmar & Blum.

Advertisement for Papierabfälle (Paper waste) collection services.

Advertisement for Dittmar & Blum, G. m. b. H., located in Karlsruhe.

Advertisement for GALERIE MOOS, Schluß der Ausstellung (Closing of the exhibition) by Aug. Gebhard.

Advertisement for Jede schlechte Handschrift (Every bad handwriting) by Klavier üben (Piano practice).

Advertisement for Piano services and Klavier üben (Piano practice).

Advertisement for Birkenbese (Birch bark) and Stahlschraubentrauben (Steel screws).

Advertisement for Süße Mandeln, Hafelnuß (Sweet almonds, hazelnuts) and Heirat (Marriage) services.

Advertisement for Heirat (Marriage) services and Ber-leigt 100 Mk. (Borrowed 100 Marks).

Advertisement for Adoption (Adoption) services and Verloren (Lost) items.

Advertisement for Notizbuch (Notebook) and Altbahnbahn (Old railway) services.

Advertisement for 5% zum Nennwert rückzahlbare Obligationen Serie V der Ungarischen Lokaleisenbahnen, Actiengesellschaft.

Advertisement for Alle Jäger von Baden (All hunters of Baden) magazine.

Advertisement for Email-Geschirre (Enamelware) repair and services.

Advertisement for Wertvoll fürs ganze Leben! (Valuable for your whole life!) books.

Advertisement for Wasserglas (Water glass) and Wirtschaft zum Deutschen Kaiser (Economy for the German Emperor).

Advertisement for Schmirgel-leinen (Emery cloth) and H. Schulz, Zwidan Ca., Spiegelstraße 52.

Advertisement for Gesucht eine Sauggasanlage (Sought a vacuum gas installation) by Gebr. Dittmar, Heilbronn a. N.